

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmarinpassage 3, nahe Schlossstrasse.
Grosse Auswahl in **Pflichterhaltenen** bewährten Systemen, sowie Goldfedern für jede Hand passend. Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billig.
Gegründet 1828. Fernsprecher 1022.

Neigen-Zarif.
Annahme von Bestellungen bis nach 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 35 von 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Annahme (in 8 Bänden) 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; bei unregelmäßiger Zeit auf Anfrage 30 Pf., die einseitige Annahme (in 8 Bänden) 1,50 M. — An Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Annahme 20 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundgebühr 20 Pf. — Zusätzliche Beiträge nur gegen Vorauszahlung. — Jedes Heftblatt kostet 10 Pf.

Begleitschüler
vierteljährlich für Dresden bei täglich persönlicher Betreuung (sonntags und Feiertagen) nur 2,50 M., durch besondere Anwesenheit bis 3,50 M. Bei einmaliger Zulassung durch die Vorklasse 2 M. (ohne Schulgeld). Die von Seiten von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zu zahlenden Schulgebühren werden die auswärtigen Schüler mit der Schulgebühren zusammengeführt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. — Druckerei Reichardt & Co. in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 + 2096 + 3601.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 35/40.

Ullrichs Pianinos
sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig.
1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Gegen Husten u. Heiserkeit
Menthol-Katarrh-Pastillen
Glas 1 Mk., echt mit Schutzmarke Mutter Anna. Versand auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Reinste u. mildeste aller Toilette-:: Seifen!
Cosmos Seife
Dresden Guthmann's
Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Bitterung: Westwind, kühl, zeitweise Regen.
Der Reichstag und der preussische Landtag sind in die Osterferien gegangen. Die nächsten Sitzungen beider Parlamente finden am 16. April statt.
Wie es heißt, erfolgt unmittelbar nach der Rückkehr des Kaisers aus Korin die Publikation der Verlängerung des Dreibundes.
Die deutsche Marineverwaltung wird, wie verlautet, für die nächsten drei Jahre Zeppelinluftschiffe erwerben, die den Kriegsschiffen Wilhelmshaven und Kiel zugeordnet werden sollen.
In Okerode (Nipr.) wurde gestern vormittag Hauptmann Reetz vom 18. Infanterie-Regiment auf dem Rasenhof von dem Musketier Ehrhardtsleben erschossen. Der Musketier tödete sich darauf selbst.
Die englische Marineverwaltung hat für die Kohlengebiete Militär mobil gemacht. Die Lage ist sehr kritisch, da am 31. März weitere 1000 Fabriken des vereinigten Königreichs ihre Betriebe wegen Kohlenmangels einstellen.
Bei Moskau erlösch ein efflähriger Knabe seinen Hauslehrer, den Studenten Mitlow, der der Geliebte der Mutter war.
Bei den Munizipalwahlen in Konstantinopel und der Provinz erlangten die Jungtürken eine sehr große Mehrheit.

Die englische Mindestlohn-Bill

Ist mit einer geradezu verblüffenden Schnelligkeit in die Tat umgesetzt worden. Ganz plötzlich wurde der Gedanke, den Vergewaltigern kraft Gesetzes einen Mindestlohn zu gewährleisten, während des gegenwärtigen großen Ausstandes von Seiten der Arbeiterpartei zur Erörterung gestellt, und kaum war das geschehen, so griff auch schon die Regierung die Anregung auf und trieb sie mit unbeschreiblicher Energie durch alle Stadien der parlamentarischen Behandlung bis zur Verabschiedung der Vorlage hindurch. In einem Zeitraum von knapp zwei Wochen ist eine gesetzgeberische Angelegenheit von so ungeheurer Tragweite glatt erledigt worden! Das ist ein Beweis von parlamentarischer Reife, um die wir die Briten zu beneiden alle Ursache haben. Auch das Oberhaus mit seiner unionistischen, der liberalen Regierung feindlichen Mehrheit hat nicht daran gedacht, den ihm noch der Verfassungsänderung noch verblichene parlamentarischen Einfluss zu benutzen, um der Aktion des Kabinetts Steine in den Weg zu werfen. Die konservative Opposition hat es aus Rücksicht auf die Schwierigkeiten der allgemeinen Lage verschmäht, aus diesem Anlaß im trüben zu fischen, und sich ehrlich und loyal auf die Seite der liberalen Regierung gestellt, um dieser die gesetzliche Handhabe zu gewähren, von der sie sich eine weitestgehende Einwirkung im Sinne des sozialen Friedens auf die streikenden Arbeitermassen versprechen zu dürfen glaubte. Gleichzeitige Hülfe aber auch Herr Balfour mit eindringlichen Worten die unabsehbare Verantwortung fest, die angesichts eines so weiten Entgegenkommens von Seiten der Regierung und der bürgerlichen Parteien auf die Arbeiterpartei und ihre politische Vertretung anfallen würde, falls trotz der Billigung des Mindestlohn die Ausstandsbewegung ihren Fortgang nähme.
Som grundföhligen Standpunkte aus bedeutet die Mindestlohn-Bill mit ihrem gesetzlichen Eingriff in die Lohnverhältnisse einen unzweifelhaften Sieg des sozialistischen Staatsgedankens. Es ist eigentlich überraschend, daß es gerade übertriebene Auffassung von der persönlichen Freiheit vorschalten geblieben ist, mit den einschneidenden staatlischen Maßnahmen auf dem Gebiete des privaten Arbeitsvertrages voranzugehen. Nur in der nordamerikanischen Union, dem klassischen Lande des absoluten manchesterlichen Gehens und Geschickens, macht die staatlische Gewalt noch keinerlei Miene, auch nur die bescheidensten sozialpolitischen Anläufe zu verwirklichen. Dagegen haben verschiedene australische Staaten und Kanada schon seit längerer Zeit auf dem Gebiete der amtlichen Wohnsitzfestsetzung und der Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten gesetzliche Einrichtungen geschaffen, die über den bloßen sozialpolitischen Rahmen weit hinausgehen und

stark in das staatssozialistische Fach einschlagen. Diese Vorbilder sind wohl nicht ohne Einfluß auf das letzte englische Vorgehen in Sachen der Mindestlohn-Bill gewesen.
Die heikle und schwierige Frage eines Mindestlohn wird in der englischen Bill derartig geregelt, daß die Lohnsätze in ihrem Mindestbetrage von besonderen, aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Komitees beziehungsweise festzusetzen sind. Diese Art der Festsetzung der Mindestlöhne soll verhindern, daß durch eine einheitliche und für das ganze Reich geltende Schablone die Produktionsinteressen der einzelnen Bezirke verewaltigt werden; man gewinnt auf diesem Wege die Möglichkeit, die besonderen Verhältnisse der verschiedenen Distrikte gebührend zu berücksichtigen. Im übrigen enthält das Gesetz keinerlei weitere Durchführungsbestimmungen und insbesondere auch keine Strafvorschriften für den Fall seiner Nichtbefolgung. Es führt weder einen Produktions- noch einen Arbeitszwang ein. Die Unternehmer werden nicht gehalten, ihre Grenzen zu öffnen, falls sie nicht wollen, und die Arbeiter werden nicht gezwungen, zu arbeiten. Wenn aber kraft beiderseitiger Uebereinstimmung die Arbeit geleistet wird, dann soll auch das angeordnete Verfahren zur Gewährung eines Mindestlohn an die Arbeiter in Kraft treten. Zwischen der zweiten und dritten Lesung hatte die Regierung noch versucht, auf der Grundlage der Bill eine Verständigung zwischen Besondereigentümern und Arbeitern herbeizuführen, in der Hoffnung, die Annahme der Bill durch das Parlament mit der Verständigung der Arbeitervertretung des sozialen Friedens im Lande begleiten zu können. Die von Herrn Asquith veranlaßte Konferenz scheiterte aber an der uneinsichtigen Haltung der Arbeiterführer, die kategorisch verlangten, daß ein für allemal ein bestimmter Mindestlohn — 5 Mark für Erwachsene und 2 Mark für Jugendliche — für ganz England durch die Vorlage normiert werde. Die Besondereigentümer vertieften daraufhin die Konferenz mit der bezeichnenden Erklärung, daß sie „genug hätten“.
Welchen tiefen Eindruck die dem öffentlichen Wohle gegenüber so verständnislose Haltung der Arbeiterführer auf den Premierminister machte, erhellt aus dem Umstande, daß Herr Asquith dem Unterhause die Mitteilung von dem Vorschlägen der Konferenz nur mit von Tränen erweichter Stimme machen konnte. Die Arbeiterpartei stimmte infolge der Verwertung ihres Vorschlages gegen die Bill, und gleichzeitig entsfalteten die sozialrevolutionären Führer im Lande eine erneute agitatorische Tätigkeit in der augenscheinlichen Absicht, die Regierung einzuschüchtern und sie noch nachträglich für die Forderung eines allgemeinen festen Mindestlohnes gefügig zu machen. Allem Anscheine nach ist diese Rechnung der Agitation nicht ohne den Wert gemacht, falls sich die Meldung der letzten Sitzung sollte, daß sich innerhalb des Kabinetts eine Strömung zugunsten der Bewilligung des 5. bzw. 2-Mark-Mindestlohn geltend mache. Besonders interessant ist es, daß im Zusammenhange hiermit auch die Möglichkeit eines Koalitionskabinetts erörtert wird, das konservative und liberale Bestandteile zugleich umfassen würde. Käme es tatsächlich zu der Bildung eines solchen Ministeriums, so wäre das ein völliges Novum in der Geschichte der englischen Verfassung, die bisher kein einziges Beispiel aufzuweisen hat, wo von dem strengen Grundsatze der Vertretung der Regierungsgewalt ausschließlich nach dem Maßstabe der jeweils herrschenden liberalen oder konservativen Parlamentsmehrheit abgewichen worden wäre.
Das englische Vorgehen legt die Befürchtung nahe, daß auch bei uns Bestrebungen einsehen könnten, um unsere eigene sozialwirtschaftliche Entwicklung in ähnlicher Richtung hineinzudrängen. Ein Versuch nach dieser Richtung ist wenigstens für die Heimarbeit bereits gemacht worden in Gestalt der Forderung der Einführung von Lohnämtern, die im vorigen Jahre bei der Beratung der Heimarbeitervorlage von unieren radikalten Sozialpolitikern verfochten wurde. Die Lohnämter sollten Mindestlöhne rechtsverbindlich festsetzen dürfen, wurden aber in richtiger Würdigung der schweren Gefahren einer solchen Einrichtung für die Freiheit des Arbeitsvertrages überhaupt von der Regierung und der Mehrheit des Reichstages abgelehnt. Wenn jetzt aufs neue eine Agitation bei uns einziehen sollte, um das Prinzip des Mindestlohn nach englischem Muster in erweitertem Umfange in der deutschen Sozialgesetzgebung zur Anerkennung zu bringen, so müßten unsere verantwortlichen Stellen demgegenüber die Regel beobachten: „Den Anfängen stelle dich entgegen!“ Solange in Deutschland die Sozialdemokratie

im wilden Klassenkampfe, in der Schärfe der Todfeindschaft zwischen Kapital und Arbeit ihre vornehmste Aufgabe erblickt, würde jeder staatlische Schritt zur Gewährleistung eines Mindestlohn nur den sozialdemokratischen Wuchttitel feigen und die sozialrevolutionäre Begehrlichkeit ins Unendliche vermehren, ohne dem sozialen Frieden den geringsten Vorteil zu bringen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 28. März.
Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv. Tel.) Bei der Weiterberatung des **Postetat** bittet Abg. Graf Praschna (Zentr.) um weitere Einführung des Brieftelegraphenverkehrs. — Staatssekretär Kraetzel: Wir haben einen Versuch gemacht und uns einverstanden auf Orte mit telegraphischem Nachdienst beschränkt, weil da eine Einstellung von Beamten nicht notwendig ist. Meist ein Bediensteter vor, zu werbe ich dem gern entsprechen. — Abg. Dr. Weill (Soz.): In Reich ist noch viel Selbstmord passiert, als in Halle. Dort hat unmittelbar vor der Stichwahl die Oberpostdirektion den Beamten einen Nevers vorgelegt, worin sie begehmen, daß sie von dem Erlaß des Staatssekretärs von 1898 über die gemeingefährlichen Beziehungen der Sozialdemokratie Kenntnis genommen haben. Der Erlaß kommt aus der letzten Zeit des Hauptgeneralis Vordielst, sein Geleit acht jetzt noch um. Der Erlaß betont, daß jede sozialdemokratische Veräugung mit dem Tode und Amtsd des Beamten unvereinbar ist (Verbote Zustimmung) und daß solche Beamten im Dienste nicht geduldet werden. (Verboster Weill.) Ist diese Wahlbeeinflussung mit Williams des Staatssekretärs erfolgt? — Staatssekretär Kraetzel: Ich habe keine Verfügung erlassen; die Oberpostdirektion hat auf Grund eines sozialdemokratischen Flugblattes es für nötig gehalten, auf den Erlaß von 1898 hinzuweisen. Sie können doch nicht verlangen, daß die Behörde ruhig zuseht, wenn die Sozialdemokratie Unmahrheiten verbreitet. — Abg. Dr. Struve (Soz.): Die große Mehrheit des Hauses wäre sehr dankbar, zu hören, ob der Staatssekretär auch jetzt noch an seiner vor fünf oder sechs Jahren geäußerten Ansicht festhält, daß er sich in die Wahlbeeinflussung der Beamten nicht einmische. — Staatssekretär Kraetzel: In meiner Meinung ist keine Änderung einzutreten; die Oberpostdirektion Weill hat auf eine alle Verfassungsmäßige Weise. — Abg. Ledebour (Soz.): Ein solcher Erlaß verstoßt gegen den vom Minister geleiteten Eid. (Murmur.) Versucht gegen den vom Minister geleiteten Eid. (Murmur.) Präsident Dr. Raumpf rügt diese Bemerkung! Das es ein Vorwurf ist, daß jemand einen Sozialdemokraten wagt, verbleiben wir uns, das ist unannehmlich. (Der Präsident weist den Redner zurecht, auch noch ein drittes Mal, als er den Vorwurf der Uebervorteilung wiederholt.) — Abg. Werner-Dersfeld (Soz.) befürwortet erweiterten Urlaub der Affizienten und spricht gegen die Anstellung weiblicher Beamten. — Abg. Dr. Struve (Soz.): Wie sieht es mit der Geheimhaltung der Personalakten? Vor einigen Jahren haben es alle Parteien gefordert, inzwischen haben wir weiter nichts darüber gehört, als daß Verhandlungen schweben. — Abg. Dr. Arendt (Reichs.) widerspricht dem Abgeordneten Werner. Die Einstellung weiblicher Beamten ist ein wirtschaftliches und finanzielles Bedürfnis. — Zum Titel „Unterbeamte in erhöhten Diensthelungen“ liegt eine Reihe von Resolutionen vor. Die Budgetkommission beantragt eine Revision des Besoldungsgebietes zur Durchföhrung der in der 2. Lesung der Besoldungsordnung vom Reichstage beschlossenen Gehaltssteigerungen für Postaffizienten und Postbeamten der harten und Unzulänglichkeiten in der Besoldung der Postbeamten; den britischen Lohn- und Lebensverhältnissen entsprechende Bezahlung der in der Postverwaltung beschäftigten Personen und eintägliche Anstellung der Anwärter für die Schaffnerklasse nach durchschnittlich zehnjähriger Beschäftigung. Ein Unterbeamter des Brauns Hektor (Soz.) und Grabberger (Zentr.) verallgemeinern diese Forderung auf die Postbeamten für die Unterbeamtenklasse. Die Abgeordneten Bed. Heideberg (Soz.) und Fabrich (Soz.) beantragen in drei Resolutionen Verabreichung des von den Unterbeamten geforderten Vermögensgesetzes an wöchentlichen Dienststunden. Ausgleich des erheblichen Unterschiedes in der Besoldung zwischen den bis 31. März 1905 und den nach diesem Zeitpunkt in gehobene Stellen befördernden Unterbeamten; ferner gleichmäßige Anrechnung aller zur Anstellung berechtigenden Dienststellen auf das Besoldungsdiensjahr. — Abg. Gieberts (Zentr.): Was soll die Veräugung der Besoldungsreform jetzt bei der ähnlichen Situation nachholen, aber so scheint in die wirtschaftliche Lage der Unterbeamten keineswegs, daß sie berechtigt wären, ihrer Unzufriedenheit durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck zu geben. Dieses Revisionsmittel wirkt weder bei den bürgerlichen Parteien, noch bei der Regierung. Der Redner bittet besonders um Verrückung der Unterbeamten im Andukterierver. Staatssekretär Kraetzel: Die Oberpostdirektionen sind angetrieben, wo es bisher geschehen ist, den Unterbeamten nicht ein größeres Arbeitsmaß als früher aufzuerlegen. Ich werde prüfen lassen, ob in diesem oder jenem Ort, besonders in den Industriebezirken etwa die Löhne zu niedrig sind. Ein